

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde)
für die 243. Sitzung des Deutschen Bundestages
am 10. Dezember 1952

1. Abgeordneter
Ekstrand
Ist dem Herrn Bundesminister der Finanzen bekannt, daß das in Glinde, Krs. Stormarn (Schleswig-Holstein), befindliche ehemalige Heereszeugamt am 15. November 1952 geräumt werden soll, und welche Verwendung ist vorgesehen?
2. Abgeordneter
Ekstrand
Ist dem Herrn Bundesminister für Wirtschaft bekannt, daß in Glinde, Krs. Stormarn (Schleswig-Holstein), ein ehemaliges Werk der Fa. Krupp von der Besatzungsmacht geräumt wurde und seit Wochen leer steht, und sieht der Herr Bundesminister eine Möglichkeit, die Werksanlagen möglichst schnell freizubekommen, um sie als deutsche Produktionsstätte für 5—6000 Arbeitskräfte zu verwenden?
3. Abgeordneter
Dr. Decker
Ist der Bericht in Nr. 42/1952 der illustrierten Wochenschrift „Revue“ unter der Überschrift „aber der Täter ist frei“ zutreffend, wonach ein Mann, der 2 Mädchen im Alter von 6 und 8 Jahren im Zustand der Trunkenheit vergewaltigt hat, von dem Amtsgericht und in 2 Berufungsverhandlungen freigesprochen worden ist, weil das Gesetz keine Handhabe zur Verurteilung gab? Was gedenkt der Herr Bundesminister der Justiz zu unternehmen, um solchen, die öffentliche Sicherheit und das Rechtsempfinden schwer gefährdenden Freisprüchen in Zukunft zu begegnen und die entsprechende Lücke im Gesetz zu schließen?
4. Abgeordnete
Frau Wolff
Wann gedenkt die Bundesregierung — entsprechend dem ihr vom Bundestag am 9. Mai 1951 gegebenen Auftrag — eine gesetzliche Regelung zu treffen, nach der die Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung, die heute noch nach dem vor dem 1. Januar 1943 geltenden Recht gewährt werden, entsprechend der Verordnung über die Neuregelung der Rentenversicherung im Bergbau vom 4. Oktober 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 569) umzurechnen und dabei Renten, die nach der Umrechnung geringer sein würden, weiter in der bisherigen Höhe zu zahlen sind?

5. Abgeordneter
Arnholz
- Wieweit treffen Pressemeldungen zu, daß im Rechnungsjahre 1951 zum Straßenbau (-neubau und -unterhaltung) von allen unterhaltspflichtigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften zusammen weniger als die Hälfte des Aufkommens aus der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer verwendet wurde?
Wie hoch war dieses Aufkommen, und welche Beträge wurden für Straßenneubau und -unterhaltung verausgabt?
6. Abgeordneter
Dr. Friedensburg
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um dem Übelstand zu begegnen, der darin liegt, daß von der Schifffahrt in Küstennähe Öl und Ölrückstände abgelassen werden, diese auch aus Gebieten außerhalb der Dreimeilenzone an die Küsten gelangen und dort zum Schaden der Wassertierwelt und zur Belästigung der Badegäste Wasser und Strand der Seebäder verunreinigen? Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, auf dem Wege internationaler Abkommen eine Regelung herbeizuführen, die die Verunreinigung bewohnter Küsten durch angeschwemmtes Öl, Ölrückstände usw. in Zukunft ausschaltet?
7. Abgeordneter
Dr. Wuermeling
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um das der caritativen Stellenvermittlung durch nationalsozialistische Kampfmaßnahmen im Jahre 1935 zugefügte Unrecht des Verbots der caritativen Stellenvermittlung wiedergutzumachen?
Ist der Bundesregierung die frühere verdienstvolle Tätigkeit der caritativen Stellenvermittlung der katholischen Ordensschwestern in den verschiedensten Teilen des Bundesgebietes bekannt?
Ist die Bundesregierung bereit, eine gesetzliche Maßnahme vorzuschlagen, falls eine Wiedergutmachung im Verwaltungswege nicht möglich sein sollte?
8. Abgeordneter
Ritzel
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die nach fünfjähriger intensiver Erprobung noch immer nicht zur Kassenbehandlung zugelassene Ultraschall-Therapie auch den Mitgliedern der deutschen Krankenkassen zugänglich zu machen?
9. Abgeordneter
Ritzel
- Ist die Bundesregierung über die Schwierigkeiten unterrichtet, die in der sowjetisch besetzten Zone der Zustellung von Paketen und Päckchen bereitet werden?
Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die in der Bundesrepublik wohnenden Absender solcher Liebesgaben vor dem Verlust ihrer in der Ostzone lagernden Pakete zu bewahren, und was gedenkt sie zu tun, um für eine flüssige Zustellung der für Empfänger in der Ostzone bestimmten Liebesgaben vor Weihnachten zu sorgen? :

10. Abgeordneter
Volkholz Wer ist für die Erstattung des Wertes der nach 1945 bis 1949 bei verschiedenen Kraftfahrzeugbesitzern beschlagnahmten Fahrzeuge, insbesondere der Fahrzeuge tschechischen oder sonst ausländischen Fabrikates, zuständig, die in den meisten Fällen — oft schon lange vor dem Kriege oder auch während des Krieges — regulär erworben wurden und bei denen vor der Beschlagnahme bereits eine behördliche Schätzung erfolgt war?
11. Abgeordneter
Morgenthaler Ist die Bundesregierung bereit, geeignete Schritte zu tun, um den LKW-Verkehr, dessen Steigerung in hohem Maße die Sonntagsruhe beeinträchtigt und immer mehr erholungssuchende Bevölkerungskreise gefährdet, an Sonn- und Feiertagen auf die Beförderung lebensnotwendiger Güter zu beschränken?
12. Abgeordneter
Dr. Schellenberg Wieviel Versichertenrenten, Witwen- und Waisenrenten der Rentenversicherung der Arbeiter und wieviel Ruhegelder, Witwen- und Waisenrenten der Angestelltenversicherung bleiben auf Grund der Vorschriften des Rentenzulagegesetzes ohne Rentenzulage, und bei wieviel Renten beträgt die Zulage weniger als 25 v.H. der bisherigen Renten?
13. Abgeordneter
Dr. Schellenberg Um wieviel Millionen DM lagen im Haushaltsjahr 1951/52 die für die Aufbringung der Grundbeträge der Invalidenversicherung und für die Deckung der Rentenzulagen benötigten öffentlichen Mittel unter den Ansätzen des Haushaltsplanes, und welche Unterschreitungen werden sich voraussichtlich im laufenden Haushaltsjahr ergeben?
14. Abgeordneter
Renner Ist den zuständigen Ministerialstellen der Bundesregierung bekannt, daß die Fürsorgeverbände im Land Hessen, in Hamburg und in einer Reihe anderer Länder der Bundesrepublik die von den Landesämtern für Soforthilfe (jetzt Ausgleichsämter) gewährten Erziehungsbeihilfen für Lehrlinge bei der Prüfung der Bedürftigkeit des Familienvorstands bzw. der Gesamtfamilie als Einkommen anrechnen und demzufolge die eigenen Wohlfahrtsleistungen um den Betrag dieser Erziehungsbeihilfe kürzen? Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um sicherzustellen, daß diese Erziehungsbeihilfe an die Person des Lehrlings gebunden bleibt und daß die Bezirksfürsorgeverbände sie nicht zur Senkung ihrer eigenen Ausgaben ausnutzen?
15. Abgeordneter
Kohl Ist die Bundesregierung bereit, den heute noch arbeitslosen ca. 500 ehemaligen Arbeitern und Angestellten der I.G. Farbenwerke Frankfurt/Main, die im Jahre 1945 infolge der Beschlagnahme dieses Betriebes fristlos entlassen worden sind und denen zum Teil erst nach Ablauf von 6 Monaten Mitteilung von der fristlosen Aufhebung des Arbeitsverhältnisses mit Wirkung vom 5. Mai 1945 gemacht worden ist,

1. den Verlust ihrer Ansprüche an die Pensionskasse zu ersetzen?
 2. die Minderung der Ansprüche auf Leistungen aus der Sozialversicherung auszugleichen, die als Folge der Entlassung eingetreten ist?
 3. in den Nachfolgebetrieben einen Arbeitsplatz zu sichern?
16. Abgeordneter
Hennig
- Aus welchen Gründen werden bei Bundesbahn und Bundespost die Abiturienten vor den Mittel- und Volksschülern auch dort bevorzugt, wo das Abitur nicht verlangt wird? Ist die Bundesregierung mit dieser Übersteigerung des Berechtigungswesens einverstanden?
17. Abgeordneter
Renner
- Ist dem Herrn Bundesminister für Arbeit bekannt, daß, trotzdem die Versorgungsämter an die Bezugsberechtigten von Unterhaltshilfe die 3,— DM, auf welchen Betrag sie auf Grund des Gesetzes über die Gewährung einer Teuerungszulage zur Abgeltung von Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln einen Anspruch haben, nicht zur Auszahlung bringen, die Soforthilfeämter (Ausgleichsämter) ihrerseits diese 3,— DM in Abzug bringen?
- Ist dem Herrn Bundesminister bekannt, daß zum Beispiel das Versorgungsamt Köln und das Amt für Soforthilfe des Landkreises Köln ihre Haltung damit begründen, daß ihnen bis zum heutigen Tage die notwendigen Durchführungsbestimmungen bzw. Arbeitsanweisungen noch nicht zugegangen sind?
18. Abgeordneter
Walter
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu erreichen, daß alle bei den Besatzungsmächten beschäftigten deutschen Arbeitnehmer endlich nach geltendem deutschen Recht behandelt und entlohnt werden?
19. Abgeordneter
Niebergall
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit den Gemeinden, Bauern und sonstigen Betroffenen in Rheinland-Pfalz endlich der Schaden vergütet wird, der laufend dadurch entsteht, daß die Besatzung das von ihr beanspruchte Jagdrecht unsachgemäß ausübt, so daß die erstrebte Begrenzung des Wildbestandes nicht erreicht wird?
20. Abgeordneter
Niebergall
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die durch Panzereinheiten und Fahrzeuge der westlichen Besatzungsmächte verursachten Straßenschäden als entschädigungspflichtige Besatzungsschäden zu verrechnen? Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den betroffenen Gemeinden und Kreisen sofort die ihnen zustehenden Entschädigungen zur Auszahlung zu bringen?
21. Abgeordneter
Volkholz
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus dem Land Bayern zum Arbeitseinsatz für Rüstungsbauten im Westen Arbeitslose zwangsabgestellt werden? Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Abstellungen auf freiwilliger Basis durchzuführen, solange nicht für zumutbare Arbeitsbedingungen bei den Arbeitsstellen gesorgt ist?

22. Abgeordneter
Nowack
- Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, die zur Aufhebung der Genehmigung zur Benutzung des Segelfluggeländes am „Türkenberg“ bei Hitzacker durch den Luftsportverein Kreis Lüchow/Dannenberg e. V. geführt haben, und ist die Bundesregierung bereit, gemeinsam mit dem Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr sich dafür einzusetzen, daß das Segelfluggelände dem Luftsportverein baldigst wieder zur Verfügung gestellt wird?
23. Abgeordneter
Dr. Reismann
- Warum hat sich die Bundesregierung anlässlich des Präsidentenwechsels in Chile nicht durch einen Sonderbotschafter vertreten lassen, wie das die meisten in Santiago vertretenen Mächte taten?
- Was ist geschehen, um den ungünstigen Eindruck auszugleichen, den diese Unterlassung in der chilenischen Öffentlichkeit hervorgerufen hat?
24. Abgeordneter
Dr. Reismann
- Was ist in Durchführung des im April 1952 vom Herrn Bundesminister des Innern vor dem Bundestag abgegebenen Versprechens geschehen, in aller Kürze den Ausbau des Referates Kriegssachgeschädigte vorzunehmen?
- Welche Stellen gibt es heute und gab es im April 1952 in dem Referat Kriegssachgeschädigte?
25. Abgeordneter
Mehs
- Ist in absehbarer Zeit mit der Vorlage eines Bundesgesetzes zur Regelung der Lohnforderungen gegen die ehemalige Wehrmacht zu rechnen?
26. Abgeordneter
Dr. Henn
- In welcher Weise ist durch die in Frage kommenden Bundesministerien, den Herrn Bundesminister für Vertriebene, den Herrn Bundesminister des Innern und den Herrn Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, durch entsprechende Vereinbarungen mit den Ländern dafür Vorsorge getroffen worden, daß die Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone, die ihren Zuzug in das Bundesgebiet in Landeszuständigkeit erhalten, mindestens nach genau den gleichen Grundsätzen überprüft werden wie die Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone, die durch das Notaufnahmeverfahren laufen? Werden Nutznießer und Förderer des Systems der sowjetischen Machthaber bei ihrer Zuwanderung in das Bundesgebiet über Landeszuständigkeit besonders streng überprüft?
- Findet die gleiche sorgfältige Überprüfung bei Personen gleicher oder ähnlicher Art statt, denen durch Vermittlung alliierter Dienststellen der Zuzug in das Bundesgebiet ermöglicht wurde?
27. Abgeordneter
Niebergall
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Truppenübungsplatz in der Nähe von Oppenheim/Rhein (Rheinland-Pfalz) nunmehr derartig erweitert werden soll, daß dadurch das Naturschutzgebiet Knoblauchsau in Mitleidenschaft gezogen wird? Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Beschlagnahme

dieses Geländes nicht nur wertvolle deutsche Kulturstätten vernichten, sondern darüber hinaus noch die Überschwemmungsgefahr an den alten Rheinschleifen erhöhen würde? Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den diesjährigen Manövern der Rheindamm in diesem Gebiet an zahlreichen Stellen so beschädigt wurde, daß für weite Teile des Oppenheimer Gebietes Hochwassergefahr droht? Was gedenkt die Bundesregierung in dieser Sache zu unternehmen?

28. Abgeordneter
Frommhold

Ist dem Herrn Bundesminister der Finanzen bekannt, daß bei den Wohnungsbauten für die Beamten des Zollgrenzschutzes, die erfreulicherweise im Zonengrenzgebiet errichtet werden, handwerkliche Verdingungen wie Maler-, Schreiner- und andere handwerkliche Arbeiten von ortsfremden Firmen (z. B. aus Düsseldorf) ausgeführt werden, während die ortsansässigen Handwerker in den Zonengrenzgebieten unberücksichtigt bleiben, obwohl der Bundestag zu wiederholten Malen den ausdrücklichen Wunsch geäußert hat, daß öffentliche Aufträge bevorzugt an Bewohner dieser Gebiete vergeben werden?

Was gedenkt der Herr Bundesminister zu tun, damit in Zukunft bei Vergabung öffentlicher Aufträge in den Zonengrenzgebieten bevorzugt die dort ansässige, bekanntermaßen um ihre Existenz besonders hart ringende Wirtschaft bedacht wird?

Bonn, den 5. Dezember 1952